

Gemeinsame Presseinformation

Gebäudemodernisierungsgesetz: Verbände fordern verlässliche und praktikable Vorgaben

Berlin/Frankfurt am Main, 29.04.2026

Führende Verbände aus Energiewirtschaft, Industrie, Handel und Handwerk fordern nach der erneuten Verschiebung des Gebäudemodernisierungsgesetzes (GModG) verlässliche Leitplanken für eine planbare und investitionssichere Wärmewende im Gebäude.

Ursprünglich wollte sich das Bundeskabinett heute mit dem Gesetzentwurf befassen. Nun wurde das GModG erneut vertagt – voraussichtlich auf Mitte Mai. Aus Sicht der Verbände sollte diese Zeit genutzt werden, um die Pläne der Bundesregierung für den Gebäudesektor inhaltlich zu präzisieren und praxisnah weiterzuentwickeln.

Aus Sicht der Verbände heißt das:

- In vielen Netzgebieten ist absehbar, dass dort in Zukunft kein Biomethan zum Einsatz kommen wird. Die Vorgabe der Biotreppe weckt die falsche Erwartung über eine flächendeckende Bereitstellung klimaneutraler Energieträger in den Gasnetzen. Es sollte keine teure Aufrechterhaltung der gesamten Gasinfrastruktur durch Biomethan in Aussicht gestellt werden.
- Das GModG muss auf Basis der EU Gebäuderichtlinie (EPBD) gedacht und umgesetzt werden.
- Die bestehende Förderung muss stabil bleiben und über 2029 hinaus erhalten werden. Sie sollte erst langfristig abgeschmolzen werden.
- Die Bundesregierung muss ein klares Signal setzen und die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß senken. Nur so lassen sich zukunftssichere, elektrische Lösungen wirksam anreizen.
- Die Ausweitung des europäischen Emissionshandels auf den Gebäudesektor muss wie vorgesehen erfolgen. Sie schafft Planbarkeit und trägt zur Gegenfinanzierung energetischer Förderprogramme bei.

Nicht zuletzt die geopolitischen Spannungen und die anhaltende Abhängigkeit von fossilen Energieimporten machen deutlich: Eine beschleunigte Wärmewende im Gebäudesektor ist zwingend notwendig. Zugleich betonen die Verbände, dass Tempo allein nicht ausreicht. Schnelle Entscheidungen dürfen nicht zulasten von Planungssicherheit und Investitionstrauen gehen, heißt es. Politische Hauruck-Aktionen seien keine Lösung.

Das GModG müsse als verlässlicher Rahmen wirken – und dürfe nicht erneut zu Verunsicherung, Investitionsaufschub und Akzeptanzverlust führen. Die Verbände appellieren

an die Bundesregierung, das Gesetz als wirksames Modernisierungsinstrument auszugestalten, nicht als weiteres Regelwerk ohne spürbare Wirkung.

Die Verbände machen deutlich: Die Wärmewende im Gebäude entscheidet sich jetzt – durch Klarheit, Verlässlichkeit und konsequente Umsetzung. Jede weitere Verzögerung gefährdet Investitionen, Klimaziele und die wirtschaftliche Dynamik im Land.

Die gemeinsame Position finden Sie online unter <https://www.zvei.org/presse-medien/pressebereich/gebaeudemodernisierungsgesetz-verbaende-fordern-verlaessliche-und-praktikable-vorgaben>

Pressekontakte der Verbände

BNE Bundesverband Neue Energiewirtschaft e.V.
Carsten Pfeiffer (Leiter Strategie und Politik), carsten.pfeiffer@bne-online.de

BVG Bundesverband Geothermie e.V.
Sarah Borufka (Leiterin Kommunikation), sarah.borufka@geothermie.de

BWP Bundesverband Wärmepumpe e.V.
Katja Weinhold (Pressesprecherin), presse@waermepumpe.de

TGA-Repräsentanz Berlin GbR
Jörn Adler (Leiter der Repräsentanz), adler@tga-repraesentanz.de

VEG Bundesverband des Elektro Großhandels e.V.
Judith Jakobs (Pressereferentin), jakobs@veg.de

ZVEH Zentralverband der Deutschen Elektro- und Informationstechnischen Handwerke
Maren Cornils (Pressesprecherin), m.cornils@zveh.de

ZVEI e.V.
Ingrid Pilgram (Pressereferentin), ingrid.pilgram@zvei.org